Stadt Wil

Stadtkanzlei

Rathaus, Marktgasse 58, CH-9500 Wil 2
E-Mail stadtkanzlei@stadtwil.ch
Telefon 071 913 53 53, Telefax 071 913 53 54

Zusammenfassung der Parlamentssitzung mit den Ergebnissen von heute Donnerstag, 6. Dezember 2012

Engagierte Diskussion zum „Biorender"-Zwischenbericht

Heute Donnerstag, 6. Dezember 2012, hat das Wiler Stadtparlament den Zwischenbericht der Geschäftsprüfungskommission betreffend Zahlungen der Stadt Wil an die Biorender AG diskutiert und zur Kenntnis genommen. Zudem wurden die beiden Leistungsvereinbarungen ambulant und stationär mit der ThurVita AG beraten und genehmigt. Im Rahmen respektive im Anschluss an die heutige Parlamentssitzung wurden zudem elf Parlamentsmitglieder sowie drei Mitglieder des Stadtrats verabschiedet.

39 von 40 Mitgliedern des Stadtparlaments waren an der Sitzung anwesend. Für die Sitzung entschuldigt waren Erwin Hauser (SVP; ganze Sitzung), Patrik Lerch (SVP; bis 18.30 Uhr), Jigme Shitsetsang (FDP; bis 17.20 Uhr) und Mario Breu (FDP; bis 17.10 Uhr).

Allgemeine Informationen anlässlich der heutigen Sitzung

Parlamentspräsident **Erwin Schweizer** begrüsste die Mitglieder des Parlaments sowie die Mitglieder des Stadtrats zur 40. Sitzung in der Legislatur 2009-2012 und damit auch zur letzten Sitzung des 40-köpfigen Wiler Stadtparlaments: Am 1. Januar 2013 wird dann das 45-köpfige Parlament der vereinigten Stadt Wil seine Arbeit aufnehmen.

1. Berichterstattung GPK betreffend Zahlungen an Biorender AG

a) Zusammenfassung des GPK-Berichts

Das Stadtparlament Wil hat der Geschäftsprüfungskommission (GPK) am 30. August 2012 den Auftrag erteilt, den Fall Biorender AG (Biogashandel mit den TBW) «sehr gründlich zu untersuchen und dem Parlament möglichst umgehend ausführlich schriftlich Bericht zu erstatten zum Thema Biorender AG, insbesondere zum Inhalt des Aktionärsbindungsvertrages.» Diesem Auftrag ist die GPK mit einem 28-seitigen Bericht nachgekommen.

In diesem Bericht werden die Ausgangslage mit zwei Interpellationen und ergänzenden Fragen der GPK an den Stadtrat geschildert, sodann folgen eine Darstellung des Biogashandels zwischen der Biorender AG und den TBW mit einer Auflistung der Beteiligten (Biorender AG, Erdgas Ostschweiz AG, Technische Betriebe Wil) sowie den bestehenden vertraglichen Beziehungen zwischen diesen verschiedenen Partnern (Aktionärsbindungsvertrag vom 14.11.2008 und vom 23.03.2009; Netzzugangs- und Einspeisevertrag vom 17.08.2010; Gas Swap Vertrag vom 15.11.2010; Energieliefervertrag vom 15.11.2010). Ebenfalls thematisiert werden die

so genannte Arbeitspreisreserve und die Bezüge daraus. Zu jedem dieser Kapitel nimmt die GPK eine kritische Beurteilung vor.

Als vorläufiges Fazit hält die GPK folgendes fest:

«Die bisherigen Abklärungen der Geschäftsprüfungskommission haben zusammengefasst zu folgenden Ergebnissen geführt:

- Der Departementsvorsteher Versorgung und Sicherheit hat dem Stadtrat und dem Stadtparlament bis Ende August 2012 wesentliche Informationen zum Biogasgeschäft der TBW sowie zur Lage der Biorender AG vorenthalten.

- Der an sich klaren Kompetenzregelung, wonach der Stadtrat das oberste Leitungs- und Verwaltungsorgan der TBW ist, wurde zum Teil ungenügend nachgelebt. Nicht alle Akteure waren sich dieser Regelung hinreichend bewusst, sodass die TBW teilweise in der Art einer selbständigen Anstalt geführt und die (sachliche und/oder finanzielle) Zuständigkeit des Stadtrates zumindest bei den folgenden Sachverhalten nicht eingehalten wurde. Im Weiteren bestand ein ständiger Interessenkonflikt insofern, als der Vorsteher des Departementes Versorgung und Sicherheit gleichzeitig dem Verwaltungsrat der Biorender AG angehörte (bis 24.08.2011 als Präsident), sodass er gleichzeitig die Interessen des Biogaslieferanten und der Abnehmerin hätte wahrnehmen müssen.

- Der Gas Swap Vertrag vom 15.11.2010 zwischen der Stadt Wil sowie weiteren Gasabnehmern und der EGO enthält einerseits rein technische Regeln über den praktischen Vollzug der Gas-lieferung und -abnahme. Soweit dies der Fall ist, durfte er durch die Geschäftsleitung der TBW unterzeichnet werden. Andererseits wurden mit diesem Vertrag weitreichende Verpflichtungen zu Lasten der Stadt Wil eingegangen. Dies betrifft namentlich die Kompetenz des Verwaltungs-rates der Biorender AG, den ökologischen Mehrwert und damit im Ergebnis den Preis für Biogas einseitig festzusetzen, sowie die Verpflichtung, durch andere Abnehmer nicht bezogenen Mengen an Biogas zu übernehmen (Solidarhaftung). Soweit der Gas Swap Vertrag derartige weitreichende Verpflichtungen mit erheblichen finanziellen Folgen enthielt, hätte er zwingend vom Stadtrat beschlossen werden müssen. Zudem wären je nach Höhe der finanziellen Verpflichtungen die Ausgabenkompetenzen von Parlament oder Volk zu beachten gewesen.

- Der vom Verwaltungsrat der Biorender AG festgesetzte ökologische Mehrwert, welcher einen Teil des Preises für Biogas bildete, wurde zum grössten Teil der bei der TBW geführten Arbeitspreisreserve belastet, welche sich dadurch im Jahre 2011 um rund CHF 1,7 Mio. verringerte. Der Entscheid, den von der Biorender AG verrechneten Gaspreis teilweise nicht der laufenden Rechnung zu belasten, sondern durch die Auflösung der Arbeitspreisreserve zu finanzieren, hätte in der Kompetenz des Stadtrates als oberstem Leitungs- und Verwaltungsorgan der TBW gelegen.

- Nach Auffassung der GPK war das gewählte Vorgehen allerdings unabhängig von der Kompetenzfrage grundsätzlich nicht zulässig, da es nicht um die Glättung üblicher Preisschwankungen auf dem Gasmarkt ging, sondern um die Förderung bzw. Unterstützung der Biogasproduktion und damit der Biorender AG. Infolgedessen lag eine Ausgabe vor, für welche die Kredit-kompetenzen der Gemeindeordnung zu beachten gewesen wären.

Über mögliche weitere Schritte entscheidet die GPK nach Vorliegen des vom Stadtrat in Auftrag gegebenen Gutachtens zur kreditrechtlichen Beurteilung der Arbeitspreisreserve (siehe Beantwortung der dringlichen Interpellation «Zahlungen an Biorender AG» vom 24.10.2012).

b) Empfehlung der GPK

Sodann hat die GPK Empfehlungen zuhanden des Stadtrats abgegeben:

- Die GPK empfiehlt dem Stadtrat als oberstem Leitungs- und Verwaltungsorgan der TBW, die Rechtmässigkeit des Gas-Swap-Vertrages vom 15.11.2010 zu über-prüfen, die Geschäftsabläufe der TBW in Bezug auf die Zusammenarbeit zwischen dem Stadtrat und der Geschäftsleitung der TBW zu überprüfen, mindestens einmal jährlich die Festlegung des Gaspreises auf der Grundlage eines begründeten Antrages der Geschäftsleitung der TBW zu entscheiden, die Gesamtabläufe und Arbeitsorganisation der Geschäftsleitung der TBW zu überprüfen.

- Die GPK empfiehlt dem Stadtrat, das Thema Interessenkonflikte bei Verwaltungsratsmandaten erneut unter Berücksichtigung der im vorliegenden Zwischenbericht thematisierten Problematik vertieft zu analysieren.

- Die GPK empfiehlt dem Stadtrat, in Zusammenarbeit mit den zuständigen Mandatsträgern in Winterthur und St. Gallen die Geschäftslage der Biorender AG zu analysieren und entsprechende Massnahmen einzuleiten oder unter Umständen eine konkrete Exitstrategie festzulegen, wie dies von Seiten des GPK-Ausschusses bereits am 26. September 2012 gegenüber dem Stadtpräsidenten mündlich formuliert worden ist.

- Abschliessend hält die GPK fest, dass die Kommissionsmitglieder im Verlauf des Aufarbeitungsprozesses zum Thema Biogashandel und TBW den Eindruck gewonnen haben, dass der Stadtrat in diesem Dossier zu spät seine Führungsverantwortung wahrgenommen und es versäumt hat, eine proaktive Rolle einzunehmen. Die GPK bedauert es, dass wieder einmal ein vom Stadtrat in Auftrag gegebenes Gutachten nicht zum erwarteten Zeitpunkt vorliegt.

c) Einleitende Voten

GPK-Präsident Klaus Rüdiger (SVP) verwies einleitend auf den Charakter des vorliegenden Papiers als Zwischenbericht, den ein GPK-Ausschuss aus Pascal Stieger (CVP), Sebastian Koller (GRÜNE prowil) und Klaus Rüdiger (SVP) erarbeitet hat: «Da ein vom Stadtrat in Auftrag gegebenes Gutachten zu den kreditrechtlichen Zuständigkeiten für den Bezug aus der Arbeitspreisreserve der Erdgas Ostschweiz für den Gashandel noch nicht vorliegt, kann ein abschliessender Bericht noch nicht vorgelegt werden.» Unabhängig von diesem Gutachten könne die GPK mit dem vorliegenden Zwischenbericht dem Parlament dennoch Einblick in die Zusammenhänge des Biogashandels sowie die kompetenzrechtlich heiklen Aspekte liefern. Die besagten Zusammenhänge werden im Zwischenbericht in einer Grafik anschaulich wiedergegeben. Sodann weise der Zwischenbericht auf einzelne suboptimale Verwaltungsabläufe hin.

In seinen Ausführungen wies Klaus Rüdiger auf einen «eklatanten Widerspruch zwischen Aktionärsbindungsvertrag und Gas-Swap-Vertrag GSV» hin. Zudem hielt er fest, dass es sich bei den Bezügen aus der Gas-Arbeitspreisreserve nicht um die Glättung der üblichen marktbedingten Preisschwankungen handle, wofür die Reserve eigentlich vorgesehen sei. Vielmehr sei mit diesen Bezügen eine Förderung beziehungsweise Unterstützung der Biogasproduktion und damit der Biorender AG gehandelt habe. Insofern habe es sich nach Meinung der GPK um eine Ausgabe gehandelt, die entsprechend der Gemeindeordnung der Stadt Wil hätte bewilligt werden müssen. Im Weiteren kritisierte er die mangelnde Information seitens des Departements Versorgung und Sicherheit gegenüber Stadtrat und Parlament. «Die GPK musste bei seinen Untersuchungen mehrfach feststellen, dass sich die Funktionsträger der TBW der rechtlichen Stellung des städtischen Unternehmens zu wenig bewusst waren», hielt Klaus Rüdiger weiter fest und nannte die einleitend wiedergegebenen Empfehlungen der GPK an den Stadtrat.

Stadtrat Marcus Zunzer, der das Dossier «Biorender» übernommen und als Stellvertreter von Stadtrat Andreas Widmer vorübergehend Einsitz genommen hat in den Verwaltungsrat der Biorender AG, bedankte sich beim GPK-Ausschuss für den grossen Einsatz bei der Erarbeitung des Berichts. Sodann umriss er die Situation der Biorender AG kurz, wobei er den teils zu optimistischen Businessplan, die unter den Erwartungen liegende Gasproduktion infolge technologischer Anlaufschwierigkeiten des neuen Verfahrens und den aktuell im

Raume stehenden Liquiditätsengpass der AG nannte. Dieser Engpass bedinge einen hohen Bezug aus der Arbeitspreisreserve sowie einen Beitrag als Nachinvestitionen für die Weiterentwicklung der Anlage und deren Produktivität. In seinen Ausführungen ging Stadtrat Marcus Zunzer auf die Empfehlungen ein, welche die GPK zuhanden des Stadtrats ausgesprochen hatte: An der gestrigen Stadtratssitzung (Mittwoch, 5. Dezember 2012) wurden verschiedene Beschlüsse hinsichtlich dieser Empfehlungen gefasst. Mit Blick auf das Aktionärstreffen 2013 führte er unter anderem aus, dass die Stadt Wil einerseits den Kontakt mit anderen Städten unter den Aktionären suche und andererseits auch die Frage nach einer allfällig konkreten Exit-Strategie ins Auge fasse. Zudem werde der GSV vorsorglich auf den nächstmöglichen Termin Ende Juni 2013 gekündigt. Sodann stellte Stadtrat Marcus Zunzer eine Parlamentsvorlage in Aussicht, die sich mit der Biorender AG und dem möglichen weiteren Engagement der Stadt Wil respektive mit allfälligen weiteren städtischen Beiträgen (Investitionen) befassen wird. Abschliessend zeigte er neben den Risikobeurteilungen verschiedener Szenarien und Entwicklungen auch die Absichten der weiteren grösseren Biorender-Aktionäre und mögliche nächste Schritte auf.

In einer persönlichen Stellungnahme übte **Stadtrat Andreas Widmer** in sechs Punkten Kritik am Zwischenbericht der GPK: «Zusammengefasst kann gesagt werden, dass sich im Bericht keinerlei Anhaltspunkte finden, welche den vorgebrachten Tatbestand der Veruntreuung von Steuergeldern erkennen liessen. Die im Parlament und in der Öffentlichkeit respektive in den Medien vorgebrachten Vorwürfe sind also klar entkräftet. Zudem weist der GPK-Bericht inhaltliche Fehler und gravierende verfahrensmässige Mängel auf und hat die Rechte von Beteiligten klar verletzt. Für den Bericht hat die GPK als federführenden Projektleiter mit dem Revisor, welcher die Jahresrechnung 2011 der TBW geprüft und für korrekt beurteilt hat, ausgerechnet eine Person beigezogen, die in der Sache befangen oder sogar beteiligt ist; der Bericht legt – auch deshalb – ein einseitiges Bild dar. So hat die GPK nur belastendes Material verwertet, entlastende Fakten wurden, obwohl vorliegend, teilweise gar nicht einbezogen oder verwertet. Mit der voreiligen Veröffentlichung des Berichts, das heisst ohne das vom Stadtrat in Auftrag gegebene Gutachten abzuwarten, wurde zudem die öffentliche Meinung ohne Not einseitig beeinflusst. Besonders schwerwiegend kommt noch hinzu: Die GPK hat ihre Untersuchung in Überschreitung ihrer Kompetenzen willkürlich ausgedehnt. Sie hat – offenbar auf Grund eines Hinweises eines TBW-Kadermitarbeiters, der in böswilliger Absicht interne Unterlagen weitergegeben hat – in meinen privatrechtliche Angelegenheiten recherchiert, welche über sechs Jahre zurückliegen und also weder inhaltlich noch zeitlich mit der aktuellen Situation im Zusammenhang stehen. Sie hat sich damit nicht korrekt verhalten, und es liegen offensichtliche Amtsgeheimnisverletzungen vor, die es noch zu klären gilt.» Seit der römischen Rechtsprechung gelte der Grundsatz: Bevor man sich ein Urteil über einen Sachverhalt bildet, solle man auch die andere Seite anhören – dieser Grundsatz sei im vorliegenden Falle leider ganz klar nicht eingehalten worden.

GPK-Präsident Klaus Rüdiger verwehrte sich gegen diese Kritikpunkte. Er erläuterte kurz insbesondere das Vorgehen des GPK-Ausschusses und die jeweiligen Sachverhalte, welche zu den einzelnen Entscheidungen des GPK-Ausschusses bei der Erarbeitung des Berichts geführt haben.

d) Diskussion des Zwischenberichts

Guido Wick (GRÜNE prowil) bezog sich in seinem Votum auf die Aussagen, welche in der Biorender-Debatte im Jahr 2008 gemacht worden sind: «Was an der besagten Sitzung seitens des damals zuständigen Stadtrats gesagt worden ist, wird heute schwarz auf weiss widerlegt!» Der Beitrag der Stadt Wil von drei Millionen an das Biorender-Aktienkapital sei damals auf einen stadträtlichen Druck zustande gekommen, der absolut nicht gerechtfertigt war, wie heute offensichtlich werde. Im Zuge der verschiedenen parlamentarischen Beratungen zur Biorender AG respektive in der medialen Berichterstattung sei der Fraktion GRÜNE prowil da und dort vorgeworfen worden, sie gehe zu forsch vor – es sei sogar das Bild eines «in die Wade verbissenen Hundes» bemüht worden. Heute zeige sich: «Der einzige Vorwurf, den sich unsere Fraktion gegebenenfalls gefallen lassen muss, ist, dass wir sogar noch zu wenig forsch vorgegangen sind!» Wenn ein Bild aus der Tierwelt angemessen sei bezüglich des Verhaltens des Stadtrats, so dasjenige des Vogel Strauss: Man habe die Zeichen der negativen Entwicklung respektive des falschen Vorgehens nicht erkannt oder nicht wahrhaben wollen. Dies habe dazu geführt, dass die Stadt Wil «massiv Geld in den Sand gesetzt habe».

Sodann kritisierte er, dass bei der damaligen Beratung der Hinweis auf die Biorender AG als «Pilotanlage» nicht erfolgt sei – es sei nicht bekannt gemacht worden, dass es sich um eine neue, unerprobte Technik handle. Während bei einer Solaranlage die Parameter bezüglich Kosten, Lebensdauer und so weiter bekannt seien, fehlen diese Grundlagen bei einer Pilotanlage respektive einer neuen Technologie. Zudem verwies Guido Wick auf die Zahlungen von 50 Rappen für den ökologischen Mehrwert: Es handle sich hierbei nicht um eine – notabene massiv zu hohe – Abgeltung des ökologischen Mehrwerts, sondern schlicht und einfach um Gelder zur Stopfung von Löchern in der Biorender AG, einem desolaten Unternehmen. Bezüglich Swap-Vertrag, den er als «Knebelvertrag» bezeichnete, forderte Guido Wick, dass die Stadt ihre Zahlungen unverzüglich einstelle und diesen Vertrag nicht erst auf den nächstmöglichen ordentlichen Termin künde – schnelles Handeln sei notwendig, Verzögerungen würden dazu führen, dass die Stadt Wil weiter Geld verliere. Er forderte, dass der Stadtrat nun «Nägel mit Köpfen» mache, nachdem er zu lange passiv geblieben sei. Sodann formulierte er Erwartungen an den abschliessenden GPK-Bericht in Sachen Biorender AG. «Und nicht zuletzt erwarten wir vom Stadtrat, dass professionelle Führungsstrukturen in der TBW etabliert werden.» Abschiessend verwies er auf die Millionensummen, welche im Zusammenhang mit Biorender AG schon ausgegeben worden seien: Setze man dies in Vergleich zu den gerade einmal 400'000 Franken, welche für den Energiefonds vorgesehen seien, so werde die Tragweite der Angelegenheit deutlich. Mit den eingesetzten Biorender-Geldern hätten in der Stadt Wil sehr viele wirklich sinnvolle und zielführende Projekte im Energiebereich realisiert werden können. **Stadtrat Marcus Zunzer** zeigte als mögliche Massnahmen auf, dass die Stadt Wil ihr Aktienkapital wohl verkaufen könne– aber hierzu müsse zuerst ein Käufer für diese Aktien gefunden werden. Zudem verliere man bei einem Ausstieg die Bezugsrechte für das Biogas. Andere angesprochene Massnahmen lägen nicht in der Kompetenz des Stadtrats, sondern in der Zuständigkeit der Biorender AG. Sodann griff er weitere Kritikpunkte auf und zeigte auf, welche Schritte der Stadtrat diesbezüglich jeweils unternommen oder geplant habe. Bezüglich der Biogas-Bezugsrechte hielt **Guido Wick (GRÜNE prowil)** fest, dass der Verlust dieser Bezugsrechte gut zu verschmerzen wäre: «Auf dem internationalen und dem Schweizer Markt erhalten wir ohne Probleme die benötigten Mengen Biogas – zu den gleichen oder sogar zu besseren Konditionen und Preisen, als sie die Biorender AG bietet.» **Stadtrat Marcus Zunzer** entgegnete, dass dieser hohe Gaspreis natürlich nur vorübergehend sein könne – anzustreben sei klar ein markt- und konkurrenzfähiger Preis.

Die SP-Fraktion fordere drei Massnahmen, hielt **Silvia Schläpfer (SP)** fest: «Erstens eine Vergangenheitsbewältigung mit den notwendigen juristischen Abklärungen; zweitens die Prüfung von Exitstrategien, um aus diesem Biorender-Schlamassel wieder herauszukommen; und drittens Massnahmen, wie solche Situationen in Zukunft verhindert werden können.» Ein Punkt störe die SP-Fraktion ganz besonders: Nämlich die Frage nach Interessenkonflikten zwischen einem Stadtratsmandat einerseits und einem Verwaltungsratsmandat in einem privaten Unternehmen andererseits. Im Parlament sei vor einigen Jahren ein entsprechender Vorstoss eingereicht worden: Der Stadtrat habe dieses Anliegen damals leider nicht ernst genommen, nun tragen wir die Konsequenzen, zeigte sich Silvia Ammann enttäuscht.

«Unwissenheit schützt vor Strafe nicht», hielt **Luc Kauf (GRÜNE prowil)** fest – dieser Grundsatz gelte auch heute noch, mit Ausnahme einer Situation, wenn ein Irrtum auch bei bestem Willen nicht erkennbar gewesen sei. Dies sei bezüglich Biorender AG indes sicher nicht der Fall: Der Stadtrat hätte sehr wohl die Zeichen erkennen können. Die aktuelle Situation lasse bei ihm die Frage aufkommen, wie es denn bezüglich anderer brisanter Geschäfte des Stadtrats aussehe: Ob der Fall Biorender AG wohl nur die Spitze des Eisberges sei, drückte er sein Unbehagen aus. Der Stadtrat als Gremium habe ebenso versagt wie Stadtrat Andreas Widmer unentschuldbare Fehler begangen habe. Er hoffe, dass der Stadtrat künftig seine Verantwortung ernster nehme.

Die CVP-Fraktion könne sich in vielerlei Hinsicht den bisherigen Aussagen und auch den Ausführungen des GPK-Berichts anschliessen, so **Christoph Hürsch (CVP)**. Er kritisierte, dass beim Stadtrat keine Einsicht in die Problemstellung des Interessenkonflikts zwischen politischem Mandat und Verwaltungsratsmandat bestehe, und dass beim ursprünglichen Entscheid zur Aktienkapital-Beteiligung der Stadt Wil ohne Not ein zeitlicher Druck suggeriert worden sei. Zudem sei auf Nachfrage der Werkkommission, wie es der Biorender AG denn gehe, beschieden worden, die Gesellschaft habe sogar einen kleinen Gewinn gemacht. Und heute müsse man ohne Beschönigung festhalten: Die Biorender AG sei an der Wand. Er forderte den Stadtrat auf, jetzt

Transparenz zu schaffen, statt weiter auf «Nebelgranaten» zu setzen, und stattdessen aufzuzeigen, was nun unternommen werden könne, um weiteren Schaden für die Stadt Wil abzuwenden.

Norbert Hodel (FDP) hielt namens seiner Fraktion fest, dass die FDP den GPK-Bericht vorerst zur Kenntnis genommen habe – solange, bis der definitive Bericht vorliege. Nun gehe es darum, Erkenntnisse aus dem Vorfall zu gewinnen und auch Lehren für die Zukunft zu ziehen. Diesbezüglich verwies er auch auf seinen Vorstoss zum Thema «Corporate Governance», den er in seiner letzten Sitzung eingereicht habe: Gerade im Zusammenhang mit dem Fall Biorender seien die darin gestellten Fragen sehr aktuell und von hohem Interesse. Nach diesem Fraktionsvotum fügte er noch ein persönliches Votum an: Er stelle sich sehr wohl die Frage, wieso dieser GPK-Zwischenbericht bereits vorgängig an die Medien und die Öffentlichkeit zugestellt worden sei – bevor die direkt involvierten und betroffenen Akteure persönlich informiert und zur Stellungnahme eingeladen worden seien. Ein solches Vorgehen sei «doch sehr fragwürdig». **GPK-Präsident Klaus Rüdiger** entgegnete, dass die GPK angesichts des nahenden Legislatur-Endes entschieden habe, den Bericht jetzt bereits zu publizieren anstatt das vom Stadtrat in Auftrag gegebene Gutachten abzuwarten.

Auch die SVP-Fraktion habe vom GPK-Zwischenbericht Kenntnis genommen, führte **Mario Schmitt (SVP)** namens einer Fraktion aus. «Unser Fazit daraus: Der Stadtrat hätte sensibler sein müssen in diesem Fall - insbesondere, nachdem das Biorender-Geschäft ja schon 2008 in der damaligen Parlamentsberatung umstritten gewesen ist.» Die Abläufe innerhalb der TBW seien «äusserst fragwürdig», kritisierte er weiter: Gewisse Handlungen mit weitreichenden Konsequenzen seien ohne die nötige Sorgfalt respektive Absicherung vorgenommen worden. «Die TBW leisten grundsätzlich sehr gute Arbeit – dass nun das Vertrauen in dieses städtische Unternehmen durch diesen Vorfall erschüttert worden ist, bedauern wir sehr.» Persönlich habe er den Eindruck gewonnen, dass der Stadtrat nun seine Verantwortung erkannt habe und diese auch ernst nehme – dies habe sich auch darin gezeigt, dass der Stadtrat die Empfehlungen der GPK angenommen und diesen nachkommen wolle. Bezüglich des Gas-Swap-Vertrags hielt er fest, dass dieser offensichtlich nicht zulässig sei – er sei deshalb erstaunt, dass dieser Vertrag nun gekündet werden müsse, wo er doch offensichtlich nichtig und nicht rechtens sei. Es herrsche also eigentlich «ein vertragsloser Zustand».

Nach Abschluss der Diskussion stellte der Parlamentspräsident Erwin Schweizer Kenntnisnahme vom Zwischenbericht fest.

Ordnungsantrag bezüglich der Traktandenliste

Christoph Hürsch (CVP) stellte angesichts der fortgeschrittenen Zeit nach der Pause den Ordnungsantrag, die Traktandenliste zu ändern und das Traktandum 3: «Genehmigung der Leistungsvereinbarungen ambulant und stationär mit der ThurVita AG» vorzuziehen: «Die ThurVita AG startet am 1. Januar 2013 und ist für ihre Tätigkeit auf diese Leistungsvereinbarungen angewiesen, sodass wir sie heute noch beraten sollten.» Dieser Ordnungsantrag wurde grossmehrheitlich angenommen, sodass in der Folge die Traktandenliste umgestellt wurde.

3. Genehmigung der Leistungsvereinbarungen ambulant und stationär mit der ThurVita AG

a) Zusammenfassung des Berichts und Antrags des Stadtrats

Am 11. März 2012 haben die Stimmberechtigen der Stadt Wil mit 83,5 % Ja-Stimmenanteil und diejenigen der Gemeinde Bronschhofen mit 85,7 % Ja-Stimmenanteil der Gründung der ThurVita AG zugestimmt. Die Gründung erfolgte durch Umwandlung des Zweckverbands Pflegezentrum Fürstenau Wil in die ThurVita AG; im Weiteren folgen schrittweise Kapitalerhöhungen durch Einbringen der Betriebe Alterszentrum Sonnenhof, Alters- und Pflegeheim Rosengarten Rossrüti und SPITEX-Dienste Wil und Umgebung. Die Umwandlung des Zweckverbands Pflegezentrum Fürstenau Wil in die ThurVita AG erfolgte bereits am 27. Juni 2012 rückwirkend auf den 1. Januar 2012. Das Einbringen der übrigen Betriebe erfolgt per 1. Januar 2013.

Leistungsvereinbarungen ambulant und stationär: In der parlamentarischen Diskussion zur Gründung der ThurVita AG wurde festgelegt, dass die definitiven Leistungsvereinbarungen ambulant und stationär vom Stadtparlament genehmigt werden müssen.

Die **Leistungsvereinbarung ambulant** orientiert sich inhaltlich und finanziell an der aktuell gültigen Leistungsvereinbarung mit den SPITEX-Diensten Wil und Umgebung. Die angebotenen ambulanten Leistungen umfassen weiterhin Kerndienstleistungen und erweiterte Dienstleistungen und werden mit der Gründung der ThurVita AG nicht ausgebaut. Spätere Angebotserweiterungen sind nicht auszuschliessen, sind jetzt indes nicht Gegenstand und würden eine Anpassung der Leistungsvereinbarung bedingen.

Die Kerndienstleistung umfassen pflegerische Leistungen gemäss Krankenversicherungsgesetz und hauswirtschaftliche Leistungen. Die erweiterten Dienstleistungen umfassen Spätdienst; Nachtwache; Bereitschaftsdienst Tag und Nacht; Mahlzeitendienst und Entlastungseinsätze.

Die Kosten der ambulanten Leistungen werden gedeckt durch Zahlungen der Klientinnen und Klienten, ihrer Krankenversicherer und durch Beiträge der Gemeinden an die pflegerischen Leistungen, die hauswirtschaftlichen Leistungen und die gemeinwirtschaftlichen Aufgaben sowie die Restfinanzierung an die pflegerischen Leistungen gemäss Gesetz über die Pflegefinanzierung. Der Beitrag an die gemeinwirtschaftlichen Aufgaben umfasst insbesondere Beiträge an die Organisationskosten (insbesondere Liegenschaft, Fahrzeuge, EDV); Einsätze unter 30 Minuten; Ausbildung (Fachangestellte Gesundheit, Höhere Fachschule) und erweiterte Dienstleistungen.

Die gemeinwirtschaftlichen Aufgaben werden jedes Jahr neu berechnet und jeweils per Ende Jahr auf Grund der effektiven Ausgaben abgerechnet. Die gemeinwirtschaftlichen Aufgaben werden abgegolten, weil die ThurVita AG verpflichtet ist, alle Aufträge auszuführen und auch Telefonauskünfte erteilt. Insbesondere die Einsätze unter 30 Minuten sind finanziell unattraktiv, da die Wegzeiten den Klientinnen und Klienten nicht verrechnet werden dürfen und administrative Arbeiten nur verrechnet werden dürfen, sofern diese bei der Klientin oder beim Klienten zu Hause ausgeführt werden. Rund 75 % der Einsätze sind unter 30 Minuten. Andere private Anbietende und freiberufliche Pflegefachpersonen können sich ihre Aufträge aussuchen und leisten in der Regel deutlich längere Einsätze. Sie sind ebenfalls berechtigt, die Restfinanzierung gemäss Gesetz über die Pflegefinanzierung zu beanspruchen. Die Leistungsvereinbarung ambulant wird von den drei Vertragsgemeinden Wil, Rickenbach und Wilen abgeschlossen. Die Gemeinde Niederhelfenschwil verbleibt bei der Spitex Wil Land. Wie bis anhin sollen auch weiterhin ambulante Dienstleistungen durch die Pro Senectute Region Wil und Toggenburg erbracht werden, insbesondere im Bereich der Haushilfe und einfachen Pflege. Die Stadt Wil verfügt weiterhin über eine Leistungsvereinbarung mit der Pro Senectute Region Wil und Toggenburg.

Die **Leistungsvereinbarung stationär** beinhaltet die Führung der Betriebe Alterszentrum Sonnenhof, Pflegezentrum Fürstenau, Alters- und Pflegeheim Rosengarten. Die ThurVita AG wird verpflichtet die abgemachte Anzahl stationärer Pflegeplätze und teilstationäre Angebote sicherzustellen. Diese Leistungen hat die ThurVita AG eigenwirtschaftlich zu erbringen. Sie erhält dafür keine Beiträge der Gemeinden. Weiter wird die Führung einer Informations- und Koordinationsdrehscheibe in dieser Leistungsvereinbarung geregelt. Dafür wird die ThurVita AG jährlich pauschal entschädigt. Diese Pauschalkosten werden unter den Vertragsgemeinden gemäss Einwohnendenzahl per Ende des Vorjahres aufgeteilt.

Kosten Leistungsvereinbarung ambulant: Die Kosten für die vereinigte Stadt Wil betragen im Jahr 2013 Fr. 1‘690‘000.--. Dies entspricht gegen-über den Aufwendungen von Wil und Bronschhofen im Jahre 2012 einem leicht tieferen Betrag. Inner-halb des Budgets ergeben sich aber leichte Verschiebungen. Der Anteil an die gemeinwirtschaftlichen Aufgaben fällt etwas tiefer aus, ebenso die Anzahl Einsatzstunden im Gemeindegebiet Bronschhofen. Im Gemeindegebiet ehemaliges Wil fallen mehr Einsatzstunden an. Der Betrag von Fr. 1‘690‘000.-- wird im Voranschlag 2013 eingestellt.

Kosten Leistungsvereinbarung stationär: Für die Leistungen der Drehscheibe leisten die Vertragsgemeinden einen Beitrag von total Fr. 156‘000.-- an die ThurVita AG. Gegenüber den Ausführungen in der Parlamentsvorlage 2011 und in der Abstimmungsbroschüre entspricht dies einer Erhöhung um Fr. 26‘000.-- für alle Gemeinden, weil die Leistungs-vereinbarung um den Bereich Palliative Care erweitert worden ist. Die Drehscheibe soll auch die Vernetzung, Koordination und Information hinsichtlich Palliative Care übernehmen. Dies ist eine sinnvolle Er-weiterung, denn sowohl die nationale Strategie zu Palliative Care und das kantonale Konzept, welches derzeit in Arbeit ist, fordern ein verstärktes Engagement in diesem Bereich. Die Kosten an die Drehscheibe werden nach Einwohnendenzahlen unter die vier Vertragsgemeinden Niederhelfenschwil, Rickenbach, Wil und Wilen aufgeteilt. Der Anteil der vereinigten Stadt Wil beträgt neu rund Fr. 120‘000.--. Die stationären Leistungen sind mit Vollkostenrechnung eigenwirtschaftlich zu erbringen.

Anträge des Stadtrats:

1. Die Leistungsvereinbarung ambulant zwischen der Stadt Wil und der ThurVita AG sei zu genehmigen.

2. Die Leistungsvereinbarung stationär zwischen der Stadt Wil und der ThurVita AG sei zu genehmigen.

b) Zusammenfassung des Kurzberichts der vorberatenden Kommission

Eine nicht ständige Siebnerkommission unter dem Vorsitz von **Michael Sarbach** (GRÜNE prowil) hat das Geschäft an zwei Sitzungen vorberaten. Eintreten war in der Kommission mit 5 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung und 1 Abwesenheit beschlossen worden. In der Kommissionsberatung wurden insbesondere die Festlegung der Einsatzzeit am Morgen, die Wahl von BDO Visura als Schlichtungsstelle bei Uneinigkeit zur Tariffestlegung zwischen der Stadt Wil und der ThurVita AG, eine Verpflichtung der Stadt Wil zur wiederkehrenden Berichterstattung über die wichtigsten Kennziffern, die Festlegung der Ansprechperson für die Leistungsvereinbarungen seitens der Stadt sowie die Frage nach einem Vorrang für Einwohnende aus den ThurVita-Gemeinden in den Heimen diskutiert.

Die Kommission stimmt den beiden Anträgen des Stadtrats jeweils mit 5 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung und 1 Abwesenheit zu. Seitens der vorberatenden Kommission werden sodann vier eigene Anträge gestellt:

- Antrag 1: Die Leistungsvereinbarung ambulant zwischen der politischen Gemeinde Wil und der ThurVita AG sei unter Ziffer 2.1, Absatz 2 wie folgt zu ergänzen: «Einsatzzeiten Montag bis Freitag zwischen 07.00 und 19.00 Uhr, in besonderen Situationen früher und auch am Wochenende.»

- Antrag 2: Die Leistungsvereinbarung ambulant zwischen der politischen Gemeinde Wil und ThurVita AG, sei unter Ziffer 4.2, Absatz 2, wie folgt zu ändern: «…; mangels Einigung verbindlich festgelegt durch eine unabhängige Treuhandunternehmung.»

- Antrag 3: Die Leistungsvereinbarung stationär, zwischen der politischen Gemeinde Wil und ThurVita AG, sei unter Ziffer 6, Absatz 4, wie folgt zu ändern: «Für sämtliche Beziehungen der Gesellschaft mit der Stadt, die auf diesem Vertrag beruhen, ist das Departement Soziales, Jugend und Alter der Ansprechpartner.»

- Antrag 4: «Über die Leistungsvereinbarungen stationär und ambulant sei dem Parlament erstmals im Jahr 2015 und anschliessend wiederkehrend alle drei Jahre Bericht über die wesentlichen Kennziffern, insbesondere: erbrachte Leistungen; die Leistungsangebote / -veränderungen; das Betriebskonzept / -änderungen; die Nachfrage- und Marktentwicklungen; die Jahreskosten /- veränderungen; die Tarifierung / -änderungen; den Auslastungsgrad; den Kostendeckungsgrad und die Entwicklung der Personalsituation zu erstatten.»

c) Eintretensdebatte

Eine Eintretensdebatte wurde nicht geführt: Eintreten war unbestritten und wurde von **Parlamentspräsident Erwin Schweizer** zum Beschluss erhoben.

d) Detailberatung

Kommissionspräsident **Michael Sarbach (GRÜNE prowil)** führte in seinem einleitenden Votum die Arbeit der Kommission aus und zeigte noch einmal kurz auf, welche Themen in der Kommission diskutiert worden seien. Sodann erläuterte er die insgesamt vier zusätzlichen Anträge zu den beiden Leistungsvereinbarungen ambulant und stationär, welche die Kommission dem Stadtparlament unterbreitet.

Mit den beiden Leistungsvereinbarungen werden die wesentlichen Verbindungen und Berührungspunkte zwischen der Stadt Wil und der ThurVita AG als Partner definiert und geklärt, was man begrüsse, so **Luc Kauf (GRÜNE prowil)** namens seiner Fraktion. Lediglich bezüglich der Qualitätsstandards hätte man sich etwas mehr Detailtiefe gewünscht – dennoch sei dieser Makel kein Grund, die beiden Leistungsvereinbarungen abzulehnen. In einem Punkt beantrage man indes für beide Leistungsvereinbarungen eine Anpassung: «Die Leistungsvereinbarungen stationär und ambulant seien wie folgt anzupassen: Punkt 5 Qualität, Abs. 3: Dieser Qualitätsbericht wird von der Gesellschaft für die Gemeinde jeweils bis Ende März des Folgejahres erstellt.» Sodann unterstütze man alle Anträge der vorberatenden Kommission und die beiden Anträge des Stadtrats.

Ruth Frick (CSP; CVP-Fraktion) verwies auf das in der parlamentarischen Beratung wiederholt vorgebrachte Anliegen bezüglich eines klaren parlamentarischen Einflusses auf die Leistungen und Abläufe der ThurVita AG. Nach Meinung der CVP-Fraktion sollen zum jetzigen Zeitpunkt keine Änderungen vorgenommen werden – die ThurVita AG solle zuerst einmal starten, sodass man Erfahrungen sammeln könne. Um bei Bedarf noch Anpassungen vorzunehmen bestehe ein ausreichendes parlamentarisches Instrumentarium. Die CVP unterstütze die Anträge des Stadtrats und der vorberatenden Kommission grossmehrheitlich. Ruth Frick übte gewisse Kritik an der Kommissionsarbeit: Sich in einer Kommission gleichsam einer konstruktiven Diskussion zu verweigern entspreche nicht ihrer Vorstellung von ernsthafter Beteiligung.

Marianne Mettler (SP) schloss sich dieser Kritik an und brachte dann das Votum ihrer Fraktion vor: Mit den beiden Leistungsvereinbarungen werde sichergestellt, dass die Pflege und Betreuung betagter Menschen als öffentliche Aufgaben nicht einfach ausgelagert und wegdelegiert werden, sondern nach wie vor als Anliegen der Stadt erkennbar seien, so **Marianne Mettler (SP)**. Die ThurVita AG hat sich gründlich vorbereitet und wird ab dem 1. Januar 2013 für den ganzen Bereich der stationären und ambulanten Betreuung und Pflege zuständig sein – das ist Herausforderung und Aufgabe genug, ohne dass nun noch neue Leistungsvereinbarungen entworfen und viele Dinge geändert werden. Die SP-Fraktion unterstütze die Anträge sowohl von Stadtrat als auch Kommission.
Mario Schmitt (SVP) outete sich als derjenige, dem die «Schelte von Ruth Frick und Marianne Mettler wohl gegolten habe». Er habe sich indes nicht der Diskussion verweigert, sondern in der Kommission lediglich darauf hingewiesen, dass andere Gemeinden die Leistungsvereinbarungen bereits genehmigt hätten und so der Stadt Wil respektive dem Wiler Stadtparlament lediglich noch die Möglichkeit zu «kosmetischen Änderungen», nicht aber zu inhaltlich substanziellen Änderungen bleibe. Ebenfalls kritisch merkte er an, dass das Parlament mit der ThurVita AG – einmal mehr – eine direkte Einflussnahme auf städtische Aufgaben aus der

Hand gebe. Dies bedaure er persönlich sehr. Dennoch könne er das Parlament beruhigen: Die SVP-Fraktion werde die Anträge des Stadtrats und der vorberatenden Kommission mehrheitlich unterstützen.

Der Stadtrat unterstütze die Anträge der vorberatenden Kommission, so **Stadträtin Barbara Gysi**. Den Antrag der Fraktion GRÜNE prowil auf Berichterstattung bis Ende März empfehle sie dem Parlament hingegen zur Ablehnung: Auch wenn der Bericht erst zu einem späteren Zeitpunkt vorliege, als im Antrag gefordert, so stehe dem Parlament genügend Zeit zur Verfügung, um Einfluss auszuüben und aktiv zu werden.

e) Abstimmungen

Die vorberatende Kommission unterbreitet dem Stadtparlament folgende Anträge:

- Antrag 1: Die Leistungsvereinbarung ambulant zwischen der politischen Gemeinde Wil und der ThurVita AG sei unter Ziffer 2.1, Absatz 2 wie folgt zu ergänzen: «Einsatzzeiten Montag bis Freitag zwischen 07.00 und 19.00 Uhr, in besonderen Situationen früher und auch am Wochenende.»
- Antrag 2: Die Leistungsvereinbarung ambulant zwischen der politischen Gemeinde Wil und ThurVita AG, sei unter Ziffer 4.2, Absatz 2, wie folgt zu ändern: «…; mangels Einigung verbindlich festgelegt durch eine unabhängige Treuhandunternehmung.»
- Antrag 3: Die Leistungsvereinbarung stationär, zwischen der politischen Gemeinde Wil und ThurVita AG, sei unter Ziffer 6, Absatz 4, wie folgt zu ändern: «Für sämtliche Beziehungen der Gesellschaft mit der Stadt, die auf diesem Vertrag beruhen, ist das Departement Soziales, Jugend und Alter der Ansprechpartner.»

  Die Anträge 1 bis 3 der vorberatenden Kommission waren unbestritten und wurden zum Beschluss erhoben.

- Antrag 4: «Über die Leistungsvereinbarungen stationär und ambulant sei dem Parlament erstmals im Jahr 2015 und anschliessend wiederkehrend alle drei Jahre Bericht über die wesentlichen Kennziffern zu erstatten, insbesondere: erbrachte Leistungen; die Leistungsangebote / -veränderungen; das Betriebskonzept / -änderungen; die Nachfrage- und Marktentwicklungen; die Jahreskosten /- veränderungen; die Tarifierung / -änderungen; den Auslastungsgrad; den Kostendeckungsgrad und die Entwicklung der Personalsituation.»

  Der Antrag 4 der vorberatenden Kommission wurde grossmehrheitlich angenommen.

Änderungsanträge der Fraktion GRÜNE prowil:

- Die Leistungsvereinbarung ambulant sei wie folgt anzupassen: Punkt 5 Qualität, Abs. 3: Dieser Qualitätsbericht wird von der Gesellschaft für die Gemeinde jeweils bis Ende März des Folgejahres erstellt.

  Der Antrag der Fraktion GRÜNE prowil wurde grossmehrheitlich angenommen.

- Die Leistungsvereinbarung stationär sei wie folgt anzupassen: Punkt 5 Qualität, Abs. 3: Dieser Qualitätsbericht wird von der Gesellschaft für die Gemeinde jeweils bis Ende März des Folgejahres erstellt.

  Der Antrag der Fraktion GRÜNE prowil wurde grossmehrheitlich angenommen.

Der Stadtrat unterbreitet dem Stadtparlament folgende Anträge:

1. Die Leistungsvereinbarung ambulant zwischen der Stadt Wil und der ThurVita AG sei zu genehmigen.

   Der Antrag des Stadtrats wurde grossmehrheitlich angenommen.

2. Der Leistungsvereinbarung stationär zwischen der Stadt Wil und der ThurVita AG sei zu genehmigen.

Der Antrag des Stadtrats wurde grossmehrheitlich angenommen.

Weitere Traktanden

Infolge der fortgeschrittenen Zeit und der noch vorgesehenen Verabschiedung der abtretenden Parlamentsmitglieder wurde auf die Behandlung der weiteren Geschäfte auf der Traktandenliste verzichtet:

- Reglement über den Fonds für Energiespar- und Förderbeiträge (Energiefondsreglement)
- Kauf Gebäude Turm (selbständiges und dauerndes Baurecht auf Parzelle Nr. 925), Tonhallestrasse 23
- Interpellation Guido Wick (GRÜNE prowil): Zahlungen an Biorender AG
- Motion Bruno Ressegatti (GRÜNE prowil): Separate Kunststoffsammlung – Erheblicherklärung
- Motion Sebastian Koller (GRÜNE, Junge Grüne & KulturfreundInnen): Für einen zeitgemässen Immissionsschutz – Erheblicherklärung
- Motion Sebastian Koller (GRÜNE, Junge Grüne & KulturfreundInnen): Abstimmung der Nutzungsinteressen im öffentlichen Raum – Erheblicherklärung
- Postulat Mario Breu (FDP): Strategie TBW – Erheblicherklärung
- Interpellation Luc Kauf (GRÜNE prowil): Leistungsanpassungen innerhalb der vereinigten Stadt

Kommissionsbestellung

An der heutigen Parlamentssitzung wurden keine Kommissionen bestellt.

Parlamentarische Vorstösse

An der heutigen Sitzung des Stadtparlaments wurden keine parlamentarischen Vorstösse eingereicht.

Schluss der Sitzung

Präsident Erwin Schweizer schloss die heutige Sitzung um 20.20 Uhr.

Verabschiedung von drei Mitglieder des Stadtrats

Vor der Parlamentspause wandte sich Parlamentspräsident Erwin Schweizer mit einem besonderen «Traktandum» an das Stadtparlament: «Im Anschluss an die letzte Parlamentssitzung im Jahr findet in Wil traditionellerweise die Verabschiedung der abtretenden Parlamentarierinnen und Parlamentarier statt – das wird auch heute Abend der Fall sein. Doch heute gibt es noch eine zweite Verabschiedung: Auf Ende dieser Legis-

laturperiode treten nämlich nicht nur zehn Legislativ-Mitglieder, sondern auch drei Exekutiv-Mitglieder ab – nämlich Stadtpräsident Bruno Gähwiler, Stadträtin Barbara Gysi und Stadtrat Andreas Widmer.» Sie alle seien im Rahmen der Gesamterneuerungswahlen im Milleniumsjahr 2000 gewählt worden und hätten ihr Amt in der Wiler Stadtregierung am 1. Januar 2001 angetreten. «Damit habt ihr drei jetzt je zwölf Jahre Stadtratstätigkeit hinter euch – und in dieser Funktion auch zwölf Jahre mit dem Stadtparlament zu tun gehabt, also mit uns 40 hier sowie mit unseren Vorgängerinnen und Vorgängern», führte Schweizer mit einem Schmunzeln aus.

Sodann wandte er sich an Stadtpräsident Bruno Gähwiler: «Geschätzter Bruno, du hast dich stets nach bestem Wissen und Gewissen eingesetzt für «deine» Stadt Wil und alle Wilerinnen und Wiler. Dabei warst du im Dossier stets sicher, in der meisten Sache hart, im Umgang aber immer fair. Als Politiker hast du demokratisch gefällte Entscheide – an der Urne oder im Parlament – stets akzeptiert. Du hast auch bei einem Nein nie gehadert, sondern den Blick nach vorne gerichtet und das Beste aus der Situation gemacht. In diesem Sinne: Herzlichen Dank für den sehr grossen Einsatz, den du in den vergangenen zwölf Jahren an der Spitze des Wiler Stadtrats und als Vorsteher des Departements Finanzen, Kultur und Verwaltung geleistet hast! Dieses umsichtige und weitsichtige Engagement hat einen grossen Applaus verdient!»

Auch an Stadträtin Barbara Gysi wandte sich Parlamentspräsident Erwin Schweizer: «Geschätzte Barbara, du hast aus deiner Überzeugung als SP-Frau nie ein Geheimnis gemacht, im Gegenteil: Ein Kleidungsstück oder ein Accessoire in der Parteifarbe Rot ist schon fast so etwas wie dein Markenzeichen geworden. Diese Überzeugung hat sich allerdings nicht nur äusserlich gezeigt, sondern auch inhaltlich in deinem Politisieren: Immer hast du dich für den Menschen und die Gesellschaft stark gemacht und dabei deine ganze Erfahrung eingebracht. Dieser Einsatz mit ebenso viel Fachwissen wie Herz hat einen grossen Applaus verdient!»

Schliesslich richtete Erwin Schweizer das Wort an Andreas Widmer: «Geschätzter Andreas, dir ging es in deiner Arbeit als Stadtrat in allererster Linie um die Sache, nämlich um die verlässliche, im Markt konkurrenzfähige Versorgung der Stadt und der Region mit Wasser, Strom und Gas sowie Kommunikationsdienstleistungen. Nicht nur, aber insbesondere auch in diesem letzten Bereich hast du die TBW unermüdlich vorangetrieben. Die Thurcom und ihre Internet-, Fernseh- und Telefondienstleistungen haben sich in den vergangenen Jahren – notabene zu Recht! – als valable und ernst zu nehmende Konkurrenz zu nationalen Anbietern etabliert. Diesem Engagement gebührt ebenfalls ein grosser Applaus!»

Bruno Gähwiler, Barbara Gysi und Andreas Widmer wurde im Parlamentssaal eine stehende Ovation zuteil. Anschliessend überreichte Erwin Schweizer ihnen Blumen und ein kleines Präsent. Abschliessend bedankte sich der Parlamentspräsident noch einmal bei den abtretenden Exekutivmitgliedern: «Lieber Bruno, liebe Barbara, lieber Andreas. Für alles, was ihr in den vergangenen zwölf Jahren als Stadtpräsi-dent, als Stadträtin und als Stadtrat geleistet habt, danke ich euch nicht nur im Namen des Stadtparlaments, sondern auch im Namen aller Bürgerinnen und Bürger, welche wir als gewählte Mitglieder dieses Gremiums vertreten. Auf eurem weiteren beruflichen, politischen und privaten Weg wünsche ich euch alles Gute, gute Gesundheit, viel Glück und Erfolg – auf dass ihr die Ziele erreicht, die ihr euch noch gesetzt habt.»

Parlamentspräsident Erwin Schweizer, Stadträtin Barbara Gysi, Stadtpräsident Bruno Gähwiler und Stadtrat Andreas Widmer (von links).

Verabschiedung von elf Mitgliedern des Stadtparlaments

Im Anschluss an die Parlamentssitzung ergriff Parlamentspräsident Erwin Schweizer erneut das Wort: «Einmal zwei Jahre, einmal vier Jahre, zweimal fünf Jahre, zweimal sechs Jahre, einmal acht Jahre, einmal zehn Jahre, zweimal zwölf Jahre und einmal sechzehn Jahre: Rund 86 Dienstjahre werden heute Abend aus dem Wiler Stadtparlament verschwinden, wenn die folgenden elf Mitglieder verabschiedet werden: Ruth Frick, Harald Girschweiler, Erich Grob, Susanne Hartmann, Erwin Hauser, Markus Hilber, Patrick Lutz, Eva Noger, Bruno Ressegatti, Pascal Stieger und Dario Sulzer.» Den Ausdruck «Dienstjahre» habe er dabei ganz bewusst gewählt: «Ich hätte ja beispielsweise auch «Amtsjahre» sagen können, schliesslich wurdet ihr vom Wiler Stimmvolk an der Urne in ein Amt gewählt – in dasjenige eines Parlamentsmitgliedes. Und doch wird der Begriff «Amtsjahre» dem nicht wirklich gerecht, was ihr in den vergangenen zwei bis sechzehn Jahren geleistet habt: nämlich einen Dienst an der und für die Öffentlichkeit.»

Indem sie sich mit Vorlagen auseinander gesetzt und Vorstösse eingereicht haben, sich als Mitglieder in ständige und nicht ständige Kommissionen einbrachten oder diese präsidierten, an den Sitzungen oftmals eloquent, manchmal echauffiert, bisweilen lobend, hin und wieder witzig oder gelegentlich auch kritisch, immer aber engagiert zu Wort gemeldet und so ihre Meinung eingebracht haben, haben sich die abtretenden Parlamentsmitglieder für das Wohl der Stadt Wil und ihrer Einwohnerinnen und Einwohner eingesetzt. «Dafür danke ich euch im Namen des Stadtparlaments, aber sicherlich auch im Namen der ganzen Wiler Bevölkerung! Mit viel Herzblut habt ihr euch für die Entwicklung der Stadt Wil eingebracht – und nur so kann parlamentarische Politik wirklich und ernsthaft betrieben werden: Wenn die Parlamentarierinnen und Parlamentarier als gewählte Vertreter des Volkes, als gewählte Interessenvertreter in der kommunalen Politik mitdenken und mitreden, um sich so mit ihren Meinungen, Haltungen und Überzeugungen einzubringen. Als Mitglieder des Stadtparlaments habt ihr viel Zeit und Energie aufgewendet – ganz herzlichen Dank für dieses so wichtige freiwillige Engagement, das nicht einfach selbstverständlich ist.» Die übrigen Parlamentsmitglieder, Gäste und Zuschauer unterstrichen dies mit Applaus.

Parlamentspräsident Erwin Schweizer (fünfter von rechts) mit den abtretenden Parlamentsmitgliedern Erich Grob, Patrick Lutz, Bruno Ressegatti, Eva Noger, Harald Girschweiler, Pascal Stieger, Ruth Frick, Susanne Hartmann und Dario Sulzer (von links; auf dem Bild fehlen Erwin Hauser und Markus Hilber).